



# Plan A im Check: wa rum er klappen muss

HANNES ANDROSCH

**D**ie in diversen Neujahrsansprachen angekündigten Reformen sind in Zeiten einer Destabilisierung Europas von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Österreichs.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Die Welt ist aufgewühlt und wird immer unsicherer. Rasante Veränderungen bewirken Umbrüche und Umwälzungen. Nach Jahrzehnten einer weitgehend stabilen Weltordnung und freiem Handel droht nunmehr eine Welt-Unordnung, ebenso eine Behinderung der Handelsbeziehung über die gesamte globale Wertschöpfungskette. Zunehmend machen sich nationalistische Vorstellungen samt Abschottungstendenzen breit. Die jahrzehntelange globale Sicherheitsstruktur beginnt bedrohlich zu wanken. In der europäischen Nachbarschaft machen sich barbarische explosive Turbulenzen oder hybride Kriegshandlungen breit.

In der Region, die in unserem Sprachgebrauch der Nahe Osten ist, von den Amerikanern hingegen als Middle East und von den Asiaten als Westasien be-

HANNES ANDROSCH ist Industrieller und ehemaliger SPÖ-Finanzminister sowie Vizekanzler der Ära Kreisky.



zeichnet wird, findet nicht ein „Clash of Civilizations“, sondern ein „Clash within a Civilization“ statt. Diese katastrophale Entwicklung hat die westliche Welt mitverursacht. Etwa durch den von den USA erklärten Irakkrieg im Jahr 2003 oder den durch Frankreich und Großbritannien mitgetragenen Militäreinsatz der USA in Libyen im Jahr 2011. Den kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien oder im Jemen wird vom Westen tatenlos zugeschaut. Obamas „Red Line“ konnte ohne jede Konsequenz übertreten werden. Dieser Fehler hat Putin ermuntert, die Krim militärisch zu annektieren, den Krieg in der Ostukraine anzustiften und im Stil der Verheerung von Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, Ost-Aleppo zusammenbomben zu lassen.

In Europa kommen wir mit dem deswegen zu uns überschwappenden Problem der Flüchtlinge nicht zurande. Das Versäumnis, auch eine europäische Sicherheitsunion mit einer gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Asylpolitik zu bilden, offenbart sich als kapitaler Fehler. Dasselbe gilt für das Fehlen einer Fiskal- und Bankenunion, wie uns die Auswirkungen der Finanzkrise weiterhin vor Augen führen. Der Zerfall der EU ist nach der Brexit-Entscheidung, der Wahl Trumps und der hoffentlich nicht eintretenden Wahl von Marine Le Pen zur Präsidentin Frankreichs keine leere Drohung mehr. Diese Entwicklung wäre ganz im Sinne Putins, hätte er dann doch ein noch viel leichteres Spiel. Die finanzielle Unterstützung rechter und nationaler politischer Kräfte durch Moskau soll einer Destabilisierung Europas und der Machtstärkung Russlands dienen. Dies würde Trump offenbar nicht weiter stören. Auf die sich abzeichnenden Macht- und Bedeutungsverschiebungen hat er bislang

mit trotzigem Isolationismus-Ideen und Öls Feuer gießenden Drohungen reagiert.

Ein Zerfall der EU würde die Länder Europas hilflos zurücklassen und in die Bedeutungslosigkeit absinken lassen. „Außenpolitiker“, die meinen, wir können unsere Sicherheit und unseren Wohlstand mit einer stachelbedrahteten „Alpenfestung“, Abschottung und Türkeibekämpfung erhalten, verweigern sich der Realität. Gerade ein kleines Binnenland wie Österreich braucht die EU und offene Märkte. Daher sollten wir an deren Erhalt und Verbesserung mitwirken, statt uns zu isolieren.

**ENDE DER TABUS.** Mit dem Ergebnis der Bundespräsidentenwahlen haben wir erfreulicherweise international ein viel beachtetes Zeichen gesetzt. Nunmehr geht es darum, die Position unseres Landes im eigenen und zugleich proeuropäischen

**Wir benötigen eine Aufbruchsstimmung und die Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung.**

Interesse zu stärken. Die Leitlinien dafür geben die Rede des Kanzlers und sein Plan A sowie andere Neujahrsappelle vor, worin zahlreiche Vorschläge enthalten sind, die lange Zeit tabuisiert wurden. Die Reaktionen des Koalitionspartners, der Sozialpartner, vor allem auch des Gewerkschaftsbundes, die Ergebnisse der ÖVP-Klubklausur und die Rede des Finanzministers lassen erkennen, dass es eine gemeinsame „Schnittmenge“ und Hoffnung auf eine gemeinsame Umsetzung im Zusammenwirken mit allen Reformwilligen in unserem Land gibt.

Die Diagnose „Stillstand“ ist gestellt: die wenig erfreuliche Wirtschaftsentwicklung, die Schiefelage der öffentlichen Finanzen trotz einer der weltweit höchsten Steuerbelastungen, Überregulierung sowie massiver Reformstau, also die Verwaltung des Stillstands. Das Ergebnis lässt sich an unserer Rekordarbeitslosigkeit

ablesen. Diese ist Ausdruck einer fehlenden oder falschen Wirtschaftspolitik.

Nunmehr gilt es, die richtige, sprich zukunftsweisende Therapie anzuwenden. Die Ankündigungen der politischen Akteure berechtigen dazu, mit Optimismus, Hoffnung und Zuversicht in das neue Jahr zu starten. Die erfolgten Ankündigungen oder Beschlüsse dürfen aber nicht nur am Papier stehen bleiben, sondern müssen auch verwirklicht werden. Manche Bereiche werden der Nachbearbeitung bedürfen, wie Pensions-, Gesundheits-, Spitals- oder Verwaltungsreform, eine deutliche Verringerung unserer Rekordsteuerbelastung sowie die Eindämmung des widersprüchlichen Regulierungswahns und der strangulierenden Überbürokratisierung.

Dabei müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir nicht allein auf einer Insel der Seligen leben, sondern von unseren Exporten, vom Tourismus und auf weitere Sicht gesehen vom Talent und dem Fleiß unserer Jugend abhängen. Daher braucht es ein zeitgemäßes Bildungssystem mit hinreichend dotierten Universitäten und Forschungseinrichtungen. Daher benötigen wir vermehrt Investitionen und eine größere Innovationsdynamik, vor allem aber eine Aufbruchsstimmung und die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Zugleich bedarf es eines neuen Modells der sozialen Abfederung, das im Gegensatz zum derzeitigen, im weltweiten Vergleich besonders teuren Gießkannenprinzip auch jene erreicht, die tatsächlich bedürftig sind.

Daher ist vor allem die Politik gefordert, den Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen und Nägel mit Köpfen zu machen. Letztlich ist aber jeder Einzelne in unserem Land gefordert, die angekündigten Reformen mitzutragen, zu unterstützen, aber auch einzufordern. Wir müssen jetzt unser Land umfassend modernisieren und die Chancen des digitalen Zeitalters nutzen, wenn wir nicht auf dem Pannenstreifen enden, sondern wieder auf die Überholspur kommen wollen!

TOJNER/OHNEBERG

**Z**wei Unternehmer lassen einem offenen Brief an Bundeskanzler Christian Kern aus Anlass seines Plans A einen weiteren folgen – mit einigen Verbesserungsvorschlägen.

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Vorstand der Österreich AG!*

Zunächst möchten wir Ihnen gratulieren, dass Sie ein schlüssiges Erstkonzept mit Projektzielen in einer modernen und ansprechenden Weise erarbeitet haben. Es ist eine gute erste Vision, jetzt müssen allerdings Strategie und vor allem Budget noch folgen.

Sie laden im Vorwort Ihres Plans A ein, sich einzubringen und mitzugestalten. Wir fühlen uns angesprochen und erlauben uns, einige Punkte zu kommentieren.

**TIEFGREIFENDE PENSIONSREFORM.** Sie sprechen viele gute Maßnahmen an, etwa in der Bildung durch den Ausbau und eine bessere Finanzierung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), zusätzliche Mittel für

Unis und FHs, eine Kompetenzverdichtung beim Bund bei stärkerer Schulautomatie, im Bereich der Integration oder Sicherheit, im Bereich der innovationsstimulierenden Maßnahmen oder beim Arbeitsmarkt durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ihre Start-up-Initiative, Bürokratieabbau beispielsweise durch die „Sunset Clause“ (zeitliche Befristung von Gesetzen), Deregulierung, Stärkung der Forschung. Auch die Ansätze zur Energie- und Abgabendüngung sind gut und wichtig.

Die nachhaltige Finanzierung unseres Staatshaushalts ist jedoch ohne tiefgreifende und ernst gemeinte Pensionsreform nicht möglich. Unser, auf dem Generationenvertrag beruhendes Pensionssystem geht zulasten der jüngeren Bevölkerung. Budgetentlastende Reformen in Bezug auf die ungedeckten Sozialversprechen (Pensionen) würden die dringend notwendigen Investitionen und eine Steuer- und Abgabendüngung ermöglichen.

Eine Entlastung des Staatshaushalts ist nur durch eine Erhöhung der Erwerbsquote, sukzessive Erhöhung des Pensionseintrittsalters und eine strukturelle Änderung des Pensionssystems möglich. Eine Anpassung an das deutsche Modell würde zum Beispiel zehn Milliarden Euro Einsparung bringen.

Deutschland hat es geschafft, durch die vor zehn Jahren eingeleiteten tiefgreifenden und strukturellen Reformen einen Budgetüberschuss zu erwirtschaften. Es darf hier keine politischen Ausreden geben, warum wir das nicht können sollten. Die Bevölkerung hat die Wahrheit über diese Situation verdient und will eine nachhaltige Reform im Sinne der Zukunftssicherung. ▶

MARTIN OHNEBERG übernahm 2011 die Vorarlberger Henn GmbH, die Schnellkupplungen für die Bereiche Ladeluft und Kühlwasser produziert. Der 45-jährige Unternehmer ist Präsident der Vorarlberger Industriellenvereinigung.



MICHAEL TOJNER ist Haupt-eigentümer der Montana-Gruppe, zu der auch Varta gehört. Der 50-jährige Industrielle und Immobilienunternehmer unterrichtet als Lektor an der Wiener Wirtschaftsuniversität.

## ► ATTRAKTIVERE ARBEITSPLÄTZE.

Die Erhöhung der Erwerbsquote ist Grundvoraussetzung für die künftigen Herausforderungen unseres Sozialsystems.

Kritisch sehen wir aber Ihren Zugang, wieder durch höhere Staatsausgaben zur Vollbeschäftigung zu kommen. Der Staat hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Arbeitsplätze zu schaffen, nicht aber Beschäftigungsgarantien für alle über 50 auszusprechen. Unserer Ansicht nach wären Rahmenbedingungen wichtiger, die die Erwerbstätigkeit der Generation 50 plus möglichst bis 70 Jahre, aber zumindest bis 65 Jahre (Pensionsantrittsalter) ermöglichen:

- raschere Anpassung des Frauenpensionsalters;
- signifikantes Attraktivermachen des Arbeitens nach dem Pensionsantrittsalter;
- flexiblere Arbeitszeitregelungen im Alter (z. B. Teilzeitarbeit mit Weiterver sicherung des 100-Prozent-Lohnes);
- starke Senkung der Lohnnebenkosten für „55 plus“-Arbeitnehmer, um die Pensionsreform abzufedern;
- Streichung der unzähligen Ausnahmebestimmungen zum früheren Pensionsantritt.

Wir unterstützen Ihren Zugang zum Thema Ausbildungsgarantie oder zweite Ausbildungschance, sind allerdings der Meinung, dass Universitäten ohne Studiengebühren nicht notwendig sind, da man über großzügige Stipendien mit mehr erzieherischem Effekt das gleiche Ziel, nämlich Bildung unabhängig vom finanziellen Familienbackground, erreichen kann. Dann kann man auch wieder – wie vor 25 Jahren – international führende Universitäten in Österreich haben, wo Nichtösterreicher gerne Studiengebühren zahlen und nicht nur kommen, weil es gratis ist.

Aufgrund von Erfahrungen in Österreich möchten wir außerdem unseren Wunsch erneuern, über die steuerlichen Belastungsvorschläge für die Menschen und für die Wirtschaft erst dann abzustimmen, wenn die Potenziale im Staat ausgeschöpft sind. In unserer Republik sind wir gebrannte Kinder: Zuerst wird meist über neue Steuern und deren Verteilung diskutiert, bevor eine bessere Vergabe bestehender Steuermittel durch-

gesetzt wird oder veraltete Strukturen verändert werden. Es ist zwar zu begrüßen, dass im Rahmen der Wertschöpfungsabgabe nicht mehr über die Besteuerung von Investitionen/Abschreibungen nachgedacht wird, dennoch ist das vorgeschlagene Konzept – die Besteuerung von Mietaufwendungen, doppelte Besteuerung von Gewinnen etc. – abzulehnen. Auf der einen Seite Start-ups oder die Digitalisierung/Automatisierung zu fördern und auf der anderen Seite zu belasten, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Der Gedanke der Wiedereinführung einer Erbschaftsteuer kann sich aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sicht (nach Meinung von Michael Tojner) vernünftigerweise nur auf unproduktives Vermögen beziehen. Dies als Beitrag der wohlhabenderen Bevölkerung zur Pensionsreform – und mit einer Zweckwidmung für Bildung.

Wie die Entwicklung der Staatseinnahmen die letzten Jahre gezeigt hat, haben wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Wir schlagen daher vor, dass – bevor kreative Gedanken bezüglich neuer Steuern angestellt werden – die Sparpotenziale insbesondere auch im Bereich der Förderungen eruiert werden. Neben gezielter und treffsicherer Reduktion ist insbesondere die schon längst fällige Transparenzdatenbank konsequent umzusetzen. Gemäß Förderbericht 2015 beliefen sich die direkten und indirekten Förderungen aus Bundesmitteln auf 19,65 Milliarden Euro. Bei konsequenter Reduktion dieser Ausgaben auf deutsches Niveau könnten Kosten von fünf Milliarden eingespart werden.

**ÜBERBORDENDE STAATSQOTE.** Österreich weist heute eine Staatsquote (Staatsausgaben in Prozent des BIP) von

51,4 Prozent aus (Deutschland 44,3 Prozent). Der überbordende Sozialstaat ist langfristig nicht finanzierbar und verhindert den Spielraum für viele andere wichtige Initiativen. Ein schlanker, solidarischer und wettbewerbsfähiger Sozialstaat ist auch unser Wunsch.

Durch eine Pensionsreform und eine Einschränkung der Förderungen könnten um die 15 Milliarden Euro gespart werden. Dies würde eine umfassende Steuerreform und eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglichen. Natürlich müssen ein höheres effektives Pensionsantrittsalter und fallende Nettoersatzraten mit Beschäftigungsprogrammen und Arbeitsmarktinitiativen begleitet werden.

Bei einer größer angelegten Staatsreform sollten Steuersenkungen von zehn Milliarden Euro und Infrastrukturinvestitionen von fünf Milliarden angedacht werden, die durch klare zukunftsweisende Reformen im Pensionswesen und im Förderwesen begleitet werden.

Eine klare Kompetenzverteilung zwischen Land und Bund, mehr Transparenz in den Geldströmen, ein stärkerer Wettbewerb zwischen den Bundesländern, wo die Bevölkerung eine Aufbruchsstimmung spürt, und die sofortige Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften zum antiquierten Kammerwesen könnten zudem zeigen, dass es die Regierung – unabhängig von politischen Vorteilen – ernst mit einer Staatsreform meint.

**APPLAUS BEI ERFOLG.** Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben mit Ihrem Plan A eine Trendumkehr in der politischen Diskussion eingeleitet, die eine Aufbruchsstimmung, den Goodwill zu Reformen und auch eine Änderung der passiven, politikverdrossenen Mentalität erkennen lässt.

Wenn – wie bei jedem Joint Venture – ein mit Ihrem Vorstandskollegen Vizekanzler Mitterlehner abgestimmter, großer und mutiger Reformplan herauskommt, der auch heikle Themen wie Pensions- und Staatsreform bzw. die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften beinhaltet, dann kann der Plan A – abgesichert durch ein Budget – der „New Deal“ werden, dem die Mehrheit der Österreicher applaudiert. **T**

## Fehlende Pensionsreform

Ländervergleich 2015	Pensionsausgaben		Staatsausgaben	
	in % des BIP	in Mrd. €	in % des BIP	in Mrd. €
Österreich	13,2 %	44,9	51,6 %	175,3
Deutschland	10,6 %	321,5	44,0 %	1.334,4
Schweiz	6,6 %	39,9	33,9 %	204,9
Schweden	7,4 %	33,1	50,3 %	224,8

**43 Prozent aller ausgezahlten Pensionen sind heute nicht mehr durch Beitragseinnahmen gedeckt und müssen aus dem allgemeinen Steuertopf gedeckt werden. Dies führt zu Pensionszuschüssen des Bundes in Höhe von 19,9 Milliarden Euro (2016e), Tendenz steigend.**

Quellen: Pensions at a glance, OECD (2015), EU-Kommission (Nov. 2016).